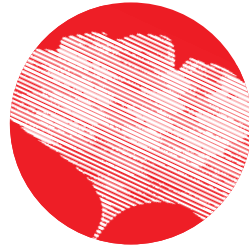


Das rote Ginkgoblatt



Januar 2012 // 210. Ausgabe

Zeitung für Mitglieder und
SympathisantInnen des
Kreisverbandes Apolda-Weimar

DIE LINKE.



Aktion des Bündnisses „SozialTransFair“ vor dem Jobcenter Weimar:

Solidarität ist uns wichtig!

FOTO: © HANS-JÜRGEN FUCHS

Das Bündnis „Sozial Trans Fair“ Weimar und Weimarer Land hat zum 20. Dezember 2011 zu einer Aktion vor dem Jobcenter Weimar aufgerufen. Es ging darum, die Mitarbeiter des Jobcenters Weimar auf den Aufruf ihrer französischen KollegInnen, sich mit den Erwerbslosen zu solidarisieren, aufmerksam zu machen.

Weimar. // Im Aufruf der französischen KollegInnen in den dortigen Jobcentern heißt es u. a.: „Unsere Aufgabe ist es vor allem, den Arbeitsuchenden zu helfen, eine Beschäftigung zu finden, und das erwarten die Arbeitsuchenden von uns. Aber es gibt einfach keine Arbeit für alle. Die Zunahme von Gesprächen, die ständigen Aufforderungen zum Besuch der Agentur werden keine Arbeit schaffen, sondern erhöhen nur das Risiko für die Arbeitsuchenden, gezwungen, schikaniert und abgestraft zu werden. Wir, die Beschäftigten der ANPE, erklären, dass wir auf keine Weise Menschen schaden wollen, die schon durch den

Verlust der Beschäftigung und des Einkommens verletzt sind. Wir verweigern uns, sie auszugrenzen [...] der Wut der Arbeitslosen ausgesetzt zu sein [...] eine Sozialpolizei zu sein [...] Wir sind mit den Arbeitsuchenden solidarisch! Wir weigern uns, falsche Zahlen, unlautere Angebote [...] zu produzieren [...].“ Wie recht sie doch haben!

Wie so oft waren wieder nur einige wenige dabei, die sich mittlerweile alle kennen, um dort Gespräche zu führen und die Erklärung der französischen KollegInnen sowie unser Material „Aber hallo“ zu verteilen. Einige Stunden harrten unsere GenossInnen und Sympa-

thisantInnen bei Frost vor dem Jobcenter aus, die Aktion war ein voller Erfolg. Wie immer gab es viele „Kunden“, mit denen wir sprechen konnten und die auch unser Material mitnahmen. Es gab viel Interesse für unsere Aktion. Einige versprachen auch, sich an weiteren Aktionen zu beteiligen. Vielleicht finden so auch wieder einige den Weg zu uns.

Ein besonderer Dank an Katja Seiler als Initiatorin dieser Aktion, und selbstverständlich auch an alle MitstreiterInnen sowie an Manfred für das Transparent. ■

VON HANS-JÜRGEN FUCHS

BERICHT AUS DEM WEIMARER STADTRAT

Haushaltsberatung im Weimarer Stadtrat:

Haushalt 2012: Abgelehnt!

Wir veröffentlichen an dieser Stelle den Redebeitrag von Dirk Möller, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Weimarer Stadtrat, zur Haushaltsberatung während der Sitzung am 21. Dezember 2011.

Weimar. // Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung ist eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen als eine der tragenden Säulen des Landes Thüringen. Das bedeutet, dass auch angemessene Finanzmittel für so genannte freiwillige Aufgaben sowie die Unterhaltung und den Erhalt der kommunalen sozialen Infrastruktur bereitstehen müssen.

Da aber die Städte und Gemeinden trotz zu erwartender Steuereinnahmen für 2012 nur 20 Prozent ihrer Ausgaben über eigene Steuereinnahmen decken können, ist eine entsprechende Finanzausstattung seitens des Landes notwendig. Doch die Landesregierung will 2012 500 Millionen Euro sparen. Da aber in der Landesregierung mancher Konsens zu echten Sparmaßnahmen fehlt – wie z. B. eine Verwaltungsreform – sollen den Kommunen im kommenden Jahr rund 200 Millionen Euro vorenthalten werden.

Weniger Landesmittel für Weimar

Für Weimar bedeutet das, dass für 2012 ca. 4,2 Millionen Euro weniger Landeszuweisungen zur Verfügung stehen. Nicht die guten Verbindungen der Kommunalpolitiker von SPD und CDU zu ihren Fraktionen im Landtag haben dafür

gesorgt, dass die Steuermehreinnahmen des Landes an die Kommunen weitergereicht wurden. Nein, es waren ca. 1000 Bürgermeister und Kommunalpolitiker aus Thüringen, die bei der Anhörung im Finanzausschuss des Landtages zu den Auswirkungen der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich Druck gemacht haben und damit erreichten, dass die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und SPD ihre Position überdacht haben.

Trotz der angekündigten Mindereinnahmen wurde dem Stadtrat ein ausgeglichener Haushaltsentwurf für 2012 vorgelegt.

In der Haushaltsdiskussion ging es uns darum, dass in den Bereichen Soziales, Jugend, Bildung und Kultur keine Veränderungen zu Lasten der Schwachen der Weimarer Gesellschaft vorgenommen werden. Das heißt, dass die geplanten Reduzierungen beim beitragsfreien Kitajahr, beim Sozialticket oder bei den Schulausstattungen nicht auf unser Verständnis stießen.

Außerdem teilen wir die Position im Vorbereicht zum Haushaltsentwurf zum Thema Gewinnausschüttung und Kapitalentnahme. Dort heißt es: „Ein Beitrag der Unternehmen zur Sicherung des städtischen Haushaltes ist laut Thüringer Kommunalordnung möglich und gewollt. Der Beitrag soll so bemessen sein, dass die Unternehmen zusätzlich durch Rücklagen eigene Zukunftsvor-

sorge treffen können.“ Weiter unten heißt es weiter: „Die in den Jahren (20)11 und (20)12 deutlich gestiegene geplante Gewinnentnahme verbunden mit einer Kapitalrückführung birgt die Gefahr der Destabilisierung der Unternehmen in sich.“

Auch wir waren der Auffassung, dass eine weitere Reduzierung der städtischen Zuschüsse an die weimar GmbH um 300 000 Euro die Wirtschaftsfähigkeit der GmbH gefährdet. Diese Position vertreten wir übrigens nicht erst seit diesem Jahr.

Fraktionsübergreifend fast die gleichen Ziele verfolgt

Die Bearbeitung des Haushaltsentwurfes in den Fraktionen und im Finanzausschuss am 20. Dezember dieses Jahres hat gezeigt, dass fraktionsübergreifend fast die gleichen Ziele verfolgt wurden. Daher konnten und können wir einem großen Teil der Änderungsanträge, u. a. der Rücknahme der Reduzierungen beim beitragsfreien Kitajahr, beim Sozialticket oder bei den Schulausstattungen zustimmen.

Auch die Rücknahme der Kürzungen bei den Zuweisungen für die weimar GmbH begrüßen wir. Erfreulich war auch, dass es im „Einzelpan 3 – Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege“

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE RECHTS

Impressum: HERAUSGEBER: Kreisverband Apolda-Weimar DIE LINKE., Marktstraße 17, 99423 Weimar // ERSCHEINUNGSWEISE: Das »Rote Ginkgoblatt« erscheint monatlich // AUFLAGE: 875 // REDAKTION: Frank Lange (V.i.S.d.P.), Reiner von Zglinicki (Gesucht werden dringend weitere RedakteurInnen.) // LEKTORAT: Julia Sieber, Bärbel Scharm // VERTRIEB: Hans-Jürgen Fuchs // Namentlich gekennzeichnete Artikel und Leserbriefe stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Allein die Autoren tragen für ihre jeweiligen Beiträge die Verantwortung // Gestaltung: © Uwe Adler, Weimar **Kontakt:** Kreisverband Apolda-Weimar DIE LINKE., Marktstraße 17, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 20 26 45 Fax: (0 36 43) 20 26 13, E-Mail: die-linke-apolda-weimar@t-online.de, Internet: www.die-linke-apolda-weimar.de // GESCHÄFTSSTELLE WEIMAR: Montag-Donnerstag 10-16 Uhr, Freitag 10-13 Uhr // SPRECHZEITEN KREISVORSITZENDER: Mittwoch 16-18 Uhr // SPRECHZEITEN SCHATZMEISTERIN: erster und dritter Donnerstag im Monat 15-16 Uhr // FRAKTION IM STADTRAT WEIMAR: Goetheplatz 9b, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 20 26 45 // BÜRGERBÜRO MDB DR. LUC JOCHIMSEN: Marktstraße 17, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 49 92 54, Fax: (0 36 43) 77 71 98 // WAHLKREISBÜRO MDB KERSTEN STEINKE: Teichgasse 15/17, 99510 Apolda, Telefon: (0 36 44) 5 30 44 20, Montag+Donnerstag 10-14 Uhr, Dienstag 9-16.30 Uhr // BEITRÄGE UND SPENDEN: Konto: 301 013 608, Bankleitzahl: 820 510 00, Sparkasse Mittelthüringen (bitte Zahlungsgrund angeben!)

Jugendgruppe „Pecast Ja Kab“:

Was wir uns für 2012 vornehmen

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche euch zunächst erst einmal ein frohes neues Jahr und nur das Beste für 2012. Politisch gesehen stehen viele Aufgaben vor der Tür, wir wissen alle um die anstehenden Wahlen. Doch es wird auch viel passieren in der Jugendgruppe „Pecast Ja Kab“.

Der Rückblick auf 2011 zeigt, dass zumindest in den letzten vier Monaten des Jahres die Arbeit endlich wieder aufgenommen wurde. Ein neuer Sprecherrat arbeitet engagiert an verschiedenen Einzelprojekten, so dass die gesamte Gruppe im Jahr 2012 eine Diskussion zum Thema „Alltagsrassismus“, ein Fußballturnier unter dem Motto der Anti-Diskriminierung und weitere Konzerte durchführen wird. Natürlich wird die Jugendgruppe im Wahljahr 2012 auch die Kandidaten der LINKEN soweit unterstützen, wie es uns möglich ist und soweit wir gebeten werden. Wir hoffen, dass wir im Jahr 2012 ein Gruppenwachstum schaffen können und vielleicht sogar eine „Pecast Ja Kab“ Weimar bilden. Dies würde auch ich mir als Kreisvorstandsmitglied sehr wünschen. Dafür müssen allerdings die Angebote stimmen, die die Jugendgruppe im Weimarer Land aber plant. Die Erwartungen an 2012 sind groß, die Aufgaben gesetzt. Wir hoffen, dass wir den Menschen im Landkreis ein gutes Angebot liefern können, aber auch in den Menschen in der Kulturstadt. Zu der Neustrukturierung von „Pecast Ja Kab“ zählt auch die seit Oktober 2011 existierende Internetpräsenz, in der wir versuchen, so aktuell wie möglich über politische Themen zu schreiben.

*Mit solidarischen Grüßen,
Eric Friedrich // Kreisvorstand
Die Linke. Apolda-Weimar,
Jugendarbeit*

Kontakt: Internet: pecast-ja-kab.jimdo.com

BERICHT AUS DEM WEIMARER STADTRAT

FORTSETZUNG VON SEITE 2

keine negativen Veränderungen gegenüber 2011 gegeben hat.

Unterstützung erbeten für Bürgertreff in Nord

Lassen Sie mich an dieser Stelle für einen Antrag von uns werben, der vorsieht, ein bürgerschaftliches Engagement in Weimar-Nord zu unterstützen. In diesem Wohngebiet Weimar-Nord gibt es zur Zeit keine Möglichkeiten für einen regelmäßigen Bürgertreff. Die Erwartungen, die mit dem Neubau des Mehrzweckgebäudes in der Cranachschule geweckt wurden, konnten nicht erfüllt werden.

Seit Beginn dieses Jahres versucht eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern des Wohngebietes, Möglichkeiten zu schaffen, einen regelmäßigen Bürgertreff anzubieten. Inzwischen wurde aus der Bürgerinitiative der Verein Bürgertreff e.V.

Als Ort des Bürgertreffs waren Räumlichkeiten in dem Gebäude geplant, in dem sich auch die „Bummi“-Kita befindet. Durch den Umbau des Gebäudes mussten andere Räumlichkeiten gesucht werden, in denen die ersten Angebote bereits nutzbar sind.

Das von uns beantragte Geld wird für eine Weiterführung der Arbeit des Vereins in den angemieteten Räumen im Jahr 2012 benötigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. ■

Hinweis: Die Abstimmungen zum Haushalt erbrachten, dass die Reduzierungen beim beitragsfreien Kitajahr zurückgenommen wurde, es für die Rücknahme der Kürzungen beim Sozialticket und bei den Schulausstattungen aber keine Mehrheiten gab. Die Stadtratsfraktion DIE LINKE hat diesem Haushalt nicht ihre Stimme gegeben. Sie war damit die einzige Fraktion, die dem Haushalt nicht zugestimmt hat.

BERICHT AUS DEM APOLDAER STADTRAT

Haushaltsberatung im Stadtrat Apolda:

Bürgermeister brüskiert Ausschuss

Die Haushaltsdiskussion in der Kreisstadt ließ lange auf sich warten. Es geschah – nichts.

Apolda. // Da wurde plötzlich eine Sitzung des Finanzausschusses einberufen, bei der auch noch der Ausschussvorsitzende fehlte, um allen Ernstes durch den Bürgermeister eine Abstimmung zum Haushalt 2012 in erster(!) Lesung zu verlangen – und das bei der finanzpolitisch schwierigen Situation der Stadt. Nicht genug, dass der Stadtrat und seine Ratsmitglieder regelrecht überfahren werden sollten, nein, der Bürgermeister brüskiert in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den Fachausschuss. Von demokratischen Gepflogenheiten

und handwerklichen Notwendigkeiten einmal abgesehen – der Bürgermeister wollte schlicht und einfach oder auch heimlich, still und leise den wichtigsten Jahresbeschluss eines Rates sozusagen hinter sich bringen.

Da hatte er natürlich die Rechnung ohne den Wirt, sprich die Ausschussmitglieder, gemacht. Diese verbateten sich ein solches Überraschungsszenario. Recht haben sie und der Bürgermeisterkandidat der LINKEN gute Argumente für die nächste Stadtratssitzung. ■

VON MICHAEL SCHADE

ANZEIGE

▶ DRUCK VON LINKS

Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH
 Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
 Telefon: (030) 29 78-18 00 · Fax: (030) 29 78-16 30
 E-Mail: aboservice@nd-online.de

Testen
 Sie das nd
 zwei Wochen
 kostenlos

neues deutschland
 ▶ SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

BERICHT AUS DEM KREISTAG WEIMARER LAND

Kinderschutzdienst in schwieriger Lage:

Kinderhaus Kromsdorf vor dem Aus

Die jüngsten Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses des Landkreises haben fatale Folgen für einige Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Apolda. // Während zum Beispiel die Zuschüsse des Landkreises für das Kinderhaus Kromsdorf in Höhe von 64 000 Euro komplett gestrichen wurden, erhält der Kinderschutzdienst „Känguru“ 7500 Euro weniger. Das hat zur Folge, dass das Kinderhaus vor der Schließung steht, während der Kinderschutz trotz stark gestiegener Fallzahlen (2010: 42 Fälle, 2011: 86 Fälle) seine Arbeit extrem zurückfahren muss.

Frau Elke Lieback beschreibt die Lage so: „Wir befürchten, dass in Fällen von Kindeswohlgefährdung das Recht der von Gewalt und Vernachlässigung betroffenen Kinder auf Beratung und Krisenintervention nach § 8a KJHG, welches durch das neue Bundeskinderschutzgesetz noch einmal verstärkt werden wird, nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Außerdem ...“

Außerdem, so Frau Just, ebenfalls Mitarbeiterin des Kinderschutzes, können ohnehin nur noch die schwersten Fälle von Kindesmissbrauch und Kindeswohlgefährdung bearbeitet werden.

Die zuständige Fachkraft hat nur noch eine 0,75-Stelle, was wiederum heißt, mehr Fälle in weniger Zeit bearbeiten zu müssen. Gerade viele Apoldaer Kinder müssen nun nach Weimar fahren, um Hilfe zu erhalten.

Die anderen Parteien mit Ausnahme der Linkspartei, die als einzige gegen den Haushaltsentwurf gestimmt hat, scheint das nicht weiter zu interessieren. Sowohl das Kinderhaus als auch der Kinderschutzdienst luden alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ein. Gekommen ist in beiden Fällen nur Michael Schade als Vertreter der Linksfraktion im Kreistag. Vertreter beider Einrichtungen werteten dies als Missachtung ehrenamtlicher und fachlich professioneller Arbeit.

Die Linksfraktion hat beiden Einrichtungen enge Unterstützung zugesagt und wird das Thema parlamentarisch weiter begleiten. Bereits in der nächsten Sitzung des Kreistages wird es dazu Initiativen geben. ■

VON MICHAEL SCHADE

Zu Besuch im Bundestag:

Ein großartiges Erlebnis

Es war ein großartiges Erlebnis am 14. Dezember 2011 im Reichstagsgebäude in Berlin auf Einladung von Frau Dr. Lukrezia Jochimsen (MdB der Fraktion DIE LINKE.) mit Besuch der Bundestagssitzung. Hier einige Gedanken aus meiner (Weimarer) Sicht:

Schon die Busfahrt ab Erfurt mit äußerst fachkundiger Begleitung und Kommentierung durch Matthias Plhak war eine lehrreiche „Schau“ in allgemein verständlicher Form für die 40 Teilnehmer. Die Rundfahrt in Berlin erweiterte den Horizont der Fahrgäste, der Besuch des Heinrich-Löbe-Hauses mit schmackhaftem, warmen Essen kam ebenfalls gut an. Zum Höhepunkt gestaltete sich vorher die Informations- und Fragestunde mit unserer Abgeordneten, der kulturpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Nur der Bummel zum großen Weihnachtsmarkt fiel dem strömenden Regen zum Opfer. Der „Ersatz“, der Markt am Potsdamer Platz, erwies sich als Hammer. Dort fanden wir eine bahnsteigartige Überda-



FOTO: BUNDESTAG

chung vor und wurden nicht ganz so nass. Pünktlich traf später der Bus, ein nagelneues Fahrzeug der Weimarer Omnibus-Verkehrsgesellschaft, zur Heimfahrt in unsere Landeshauptstadt ein. Mit vielen neuen Eindrücken bedankten und verabschiedeten sich die Teilnehmer und frisch gewonnenen Freunde. An dieser Stelle noch mal großen Dank an Frau Jochimsen und an den Delegationsleiter Matthias Plhak. ■

WOLFGANG JÄGER

Kontakt: www.lukrezia-jochimsen.de

Kersten Steinke berichtet – I:

Rente ab 67 letztmalig diskutiert

Die Bundesregierung will trotz nach wie vor katastrophaler Arbeitsmarktlage für Ältere an der Rente ab 67 fest halten.

Die LINKE. hat zur Debatte am Donnerstag, 22. Dezember, im Parlament erneut einen Antrag eingebracht, die Rente ab 67 vor ihrem Inkrafttreten noch zu stoppen. Denn ab Januar 2012 sind die Menschen tatsächlich davon betroffen. Die Hälfte der zukünftig Betroffenen geht bereits vor 65 in Rente. Kersten Steinke, linke Thüringer Bundestagsabgeordnete weist darauf hin, dass „bereits ab Januar 2012 die Menschen mit zusätzlichen Abschlägen bestraft werden, die schon im März bis zu 0,9 Prozent betragen.“ Die LINKE. im Bundestag unterstützt damit den außerparlamentarischen Kampf der Gewerkschaften und Sozialverbände um die Rücknahme der Rente ab 67. ■

Kontakt: Internet: www.linksfraktion.de



Zu Besuch bei Occupy in Rotterdam

In der Woche vor Weihnachten besuchte das Ehepaar Sedlacik bei einem Aufenthalt in Rotterdam auch die örtlichen Occupy-Aktivisten. Besonders Stanislav hat sich in den letzten Wochen hier in Weimar für die lokale Occupy-Bewegung engagiert.

Kersten Steinke berichtet aus dem Bundestag – II:

Über-, Unter-, Fehlversorgung

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung bleibt Problemthema für viele Bürgerinnen und Bürger.

Berlin/Apolda. // Es gibt in Deutschland Gebiete dichter ärztlicher Versorgung. In anderen Regionen weist die Versorgung Lücken auf. So fehlen Facharztpraxen insbesondere im ländlichen und kleinstädtischen Raum in Ostdeutschland, so auch in Thüringen. Die wohnortnahe Gesundheitsversorgung aller Menschen basiert auf einer umfassenden Bedarfsplanung. Es fehlen aber Daten über den Bedarf an gesundheitlicher Versorgung. Kersten Steinke, linke Thüringer Bundestagsabgeordnete dazu: „Gesundheit ist das A und O im Leben. Eine Flächen deckende und ausreichende Versorgung vor Ort, wo die Menschen leben, wohnen und arbeiten,



Kersten Steinke
Bundestagsabgeordnete der Linken

muss eine Bedarfsplanung zur Grundlage haben. Stationäre und ambulante Einrichtungen sind ebenso wie alle Gesundheitsberufe in die Bedarfsplanung einzubeziehen. Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen arbeiten kaum zusammen, sind oft schlecht vernetzt. Darunter leidet die Behandlungsqualität, macht sie teilweise ineffektiv und teuer.“ DIE LINKE. fordert deshalb in der letzten diesjährigen Debatte im Bundestag zu ihrem Antrag eine umfassende Reform der bisherigen Bedarfsplanung zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung. ■

Kontakt: Internet: www.kersten-steinke.de

BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG

PM der Landtagsfraktion der LINKEN. zum Thema Pfändungsfreie Konten:

P-Konto schützt vor Pfändungen

Das so genannte P-Konto wird ab Januar 2012 unabdingbarer Bestandteil im Leben überschuldeter Menschen sein müssen! Wenn gepfändete Girokonten nicht bis Ende Dezember in Pfändungsschutz-Konten (P-Konto) umgewandelt worden sind, ist mit dem Jahreswechsel der bisherige Pfändungsschutz futsch, selbst wenn Lohnleistungen oder Lohnersatzleistungen gezahlt werden. Darauf macht Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag aufmerksam.

Erfurt. // „Der Schutz für Kontoguthaben und auch der Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und Kindergeld wird künftig nur noch auf dem P-Konto gewährt. Schuldner müssen schnell selbst aktiv werden, wenn sie Unpfändbares aus Einkommen, Renten oder

Sozialleistungen vor dem Zugriff der Gläubiger schützen wollen“, warnt Ina Leukefeld, MdL. Wer bis zum Jahreswechsel kein solches P-Konto eingerichtet hat, der läuft Gefahr, dass er sofort nach Jahreswechsel aller Beträge, die über der Pfändungsfreigrenze – aktuell

bei 1030 Euro netto – liegen, verlustig geht. Das Konto kann im ungünstigsten Falle sogar völlig „abgeräumt“ werden.

Bankkunden, für die dieser Hinweis existenziell wichtig und deshalb gesetzlich vorgeschrieben wurde, gehören offensichtlich nicht zu den beliebten und ertragreichen Kunden einer Bank oder Sparkasse. Das sind die Bankkunden, deren Girokonto von der Kontopfändung ihrer Gläubiger bedroht wird oder die bereits eine Kontopfändung auf ihrem Konto vorliegen haben.

Leukefeld weist nachdrücklich darauf hin, dass sich diese betroffenen Menschen jetzt kümmern müssen. Bisher konnte eine verschuldete Person über SGB-II-Sozialleistungen (Hartz IV), Kindergeld oder eine gesetzliche Rente trotz Pfändung oder Kontoüberziehung innerhalb von 14 Tagen nach dem Eingang auf ihrem Konto verfügen.

Jetzt seien ab dem 1. Januar 2012 ein Pfändungs- und ein Verrechnungsschutz nur dann gewährleistet, wenn vorher ein Pfändungsschutzkonto bei der Bank oder Sparkasse eingerichtet wurde. Wichtig ist: Jeder Kontoinhaber hat einen Anspruch auf die Umwandlung seines Girokontos in ein so genanntes P-Konto. Wenn also Unterhaltspflichten für Kinder oder Ehepartner bestehen oder wer für Dritte bestimmte Sozialleistungen entgegen nimmt, für den gelten die seit dem 1. Juli 2011 erhöhten Freibeträge. Bei einem unterhaltsberechtigten Ehepartner und zwei Kindern beträgt der Freibetrag unter Einschluss des Kindergeldes beispielsweise 2215,57 Euro. Diese Bescheinigungen nach § 850k ZPO können zum Beispiel Familienkassen, Arbeitgeber und Sozialversicherungsträger ausstellen. ■

Kontakt: Internet: www.die-linke-thl.de

**KOMMUNEN
IN NOT!**

**GENUG
GEKÜRZT!**

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Infos // www.kommuneninnot.de

BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG

PM der Landtagsfraktion der LINKEN. zum Thema Menschenrechte für Schwule und Lesben:

Gegen Diskriminierung!

Menschenrechte für Lesben und Schwule im Alltag verwirklichen – umfassend und zeitnah auch in Thüringen.

Erfurt. // Aus der Thüringer Verfassung erwächst eine besondere Verpflichtung des Landes, gegen Diskriminierungen wegen sexueller Orientierung vorzugehen, betonte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Karola Stange, am 19. Dezember bei einem Pressegespräch in Erfurt. DIE LINKE. hatte im Juli 2009 ein Normenkontrollverfahren beim Landesverfassungsgericht begonnen, bei dem es vor allem um die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Thüringer Beamtenrecht geht. Dieses Verfahren, so kündigte die Abgeordnete an, steht nunmehr kurz vor dem Abschluss bzw. seiner Erledigung, da der Thüringer Landtag zwischenzeitlich und endlich die notwendigen Gesetzesänderungen vorgenommen hat. Dessen ungeachtet „gibt es immer noch eine Vielzahl von Diskriminierungstatbeständen“, sagte Karola Stange und erläuterte die für das kommende Jahr anstehenden Initiativen. So soll sich der Gleichstellungsausschuss für die Erarbeitung eines Lebenslagenberichts zur Situation von Lesben und Schwulen in Thüringen einsetzen und ein Runder Tisch „Gleichstellung“ einen entsprechenden Landesaktionsplan erarbeiten. Im Anschluss veröffentlichen wir hier die Pressemitteilung, welche die Fraktion zu diesem Thema veröffentlichte:

I. Gesetzentwurf zur Durchsetzung der Gleichstellung im Landesrecht

Im Januar 2009 hatte die Fraktion DIE LINKE. einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Thüringer Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes eingebracht, der 50 Einzelpunkte umfasste. Der Gesetzentwurf war von der Landtagsmehrheit abgelehnt worden. Aus diesem Katalog sind nun die

Punkte Öffnung der Standesämter für Lebenspartnerschaften und Gleichstellung im Beamtenrecht erfüllt. Die anderen Punkte (z.B. Gleichbehandlung von Lebenspartnern mit Ehegatten bzw. Befangenheitsregelungen) stehen noch aus. Daher ist der Regelungskatalog – gegebenenfalls auch ergänzt um neue Anpassungsvorschriften (z.B. zum Familienrecht, Stichwort Ehe für Lesben und Schwule, Änderungen im Adoptionsrecht) wieder in den Landtag einzubringen.

II. Normenkontrollverfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof

Als Konsequenz aus der zweimaligen Ablehnung der Reformvorschläge aus dem Gesetzentwurf Landesadaptation entschied die Fraktion, zum Thüringer Verfassungsgerichtshof zu gehen. Thüringen hat wegen des in Artikel 2, Absatz 3 der Thüringer Verfassung verankerten Diskriminierungsverbots wegen der sexuellen Orientierung eine besondere Verpflichtung, alle Möglichkeiten zu Aktivitäten zur umfassenden Verwirklichung der Gleichstellung von Lesben und Schwulen bzw. Lebenspartnerschaften zu nutzen. Diese Verpflichtung bezieht sich auf die rechtliche Gleichstellung ebenso wie auf konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung gleicher gesellschaftlicher Teilhabe in allen Lebensbereichen in Thüringen selbst, aber auch auf Aktivitäten, die sich auf die übergeordneten Rahmenbedingungen beziehen, z.B. die Änderungen von Bundesrecht.

Das im Juli 2009 von der LINKE-Fraktion begonnene Normenkontrollverfahren zur Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Thüringer Beamtenrecht anhand von drei

exemplarischen Aspekten im Beamtenrecht steht vor Abschluss bzw. Erledigung, da das unmittelbare Ziel der Klage mittlerweile durch Gesetzgebung des Landtages erreicht wurde. Auch wenn es in Thüringen aktuell um ca. 20 Fälle geht, ist es wichtig, dass dieser Gleichstellungsschritt vollzogen wurde. Denn bei der Umsetzung von Menschenrechten geht es nicht um die Zahl der „NutznießerInnen“, sondern um das Prinzip. Allerdings gibt es – gemessen an den Handlungspflichten aus dem Diskriminierungsverbot der Verfassung – die Notwendigkeit zu vielen weiteren konkreten Schritten, die in Thüringen noch gemacht werden müssen.

III. Gleichstellungspolitische Forderungskataloge von internationaler Ebene zur Lebenswirklichkeit in Thüringen werden lassen

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. sind die menschenrechtspolitischen und gleichstellungspolitischen Forderungskataloge, Untersuchungen und Studien auf internationaler Ebene (UN, EU und Europarat) zugunsten von lesbischen und schwulen Menschen stärker in die gleichstellungspolitische Arbeit einzubeziehen – auch in die Arbeit des Landtages – und auf ihre Relevanz für die Gestaltung des Alltagslebens in Thüringen auszuwerten. Damit könnte für diesen gleichstellungspolitischen Bereich ein ähnlicher, hoffentlich erfolgreicher – Diskussions- und Gestaltungsprozess für Thüringen in Gang kommen, wie dies gerade für die Umsetzung des UN-Abkommens für die Rechte behinderter Menschen geschieht.

Ansatzpunkte können und sollen sein: die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. September

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

FORTSETZUNG VON SEITE 7

2011 zu Menschenrechten, sexueller Orientierung und Geschlechteridentität im Rahmen der Vereinten Nationen, in der aufgefordert wird, die Gleichstellung von Lesben und Schwulen und damit die Verwirklichung der Menschenrechte dieser Personengruppe auch tatsächlich im Lebensalltag wirksam wird.

Außerdem veröffentlicht die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) seit mehreren Jahren Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen. In den Jahren 2011 und 2012 laufen umfangreiche Untersuchungen zum sozialen Bereich. Ebenfalls im September 2011 hat der Europarat eine umfangreiche Studie über die Lebenswirklichkeit von Lesben und Schwulen in Europa und über Gleichstellungsdefizite in den einzelnen Staaten herausgebracht. Darin werden auch für Deutschland Defizite deutlich, z.B. beim strafrechtlichen Schutz vor Diskriminierung wie auch im Familienrecht, aber auch bei der Häufigkeit von Fällen gesellschaftlicher Alltagsdiskriminierung. Diese Forderungskataloge der Menschenrechte und zur Gleichstellung sind nur dann umfassend wirksam, wenn sie im Alltagsleben jedes betroffenen Adressaten wirksam werden. Das muss gerade an Tagen wie dem Internationalen Tag der Menschenrechte deutlich gemacht werden, der jedes Jahr am 10. Dezember begangen wird. Eine Lebenslagenstudie zur Situation von Lesben und Schwulen in Deutschland gibt es derzeit auf Bundesebene nicht.

IV. Weitere gleichstellungspolitische Aktivitäten

Weitere Aktivitäten im Bereich Gleichstellung von Lesben und Schwulen in Thüringen müssen daher nach Ansicht der LINKE-Fraktion sein:

(1) Der Gleichstellungsausschuss sollte sich – auch im Rahmen einer Anhörung – mit der Auswertung dieser oben genannten aktuellen Studien und Untersuchungen (zum Beispiel der Europäischen Agentur für Grundrechte) und deren Ergebnissen sowie deren Relevanz für Thüringen befassen. Mittelfristiges Ziel sollte die Erstellung eines

Thüringen Links das linke Infoportal*

Redaktion ThüringenLinks // Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt
Fax: (03 61) 6 01 11 41 // E-Mail: redaktion@thueringenlinks.de

www.thueringenlinks.de

„Lebenslagenberichts“ zur Situation von Lesben und Schwulen sowie gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften in Thüringen sein. Dieser sollte auch konkrete Handlungsvorschläge enthalten.

(2) Ein Runder Tisch „Gleichstellung“ soll unter starker Beteiligung außerparlamentarischer Strukturen und Verbände mit Blick auf notwendige Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Lesben und Schwulen und zur Verwirklichung deren gleicher gesellschaftlicher Teilhabe einen ganz konkreten Landesaktionsplan für Thüringen ausarbeiten. Dabei sollten auch und vor allem Aktivitäten gegen Alltagsdiskriminierung im Vordergrund stehen. Die Betroffenen mahnen ja diese Arbeit an der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung und für die Verbesserung des Alltagsklimas (z.B. Problem der Diskriminierung bei der Wohnungssuche oder der Arbeitsplatzsuche, Homophobie im Fußballstadion) dringend an.

(3) Anfragen zum Themenfeld sollen aktuelle Fakten und Daten und eine Positionierung der Landesregierung erbringen, z.B. zum Problemfeld Adoption und zur immer noch bestehenden Diskriminierung bei der Blutspende, aber auch zur Frage, wie und ob Fälle von Alltagsdiskriminierung dokumentiert werden.

(4) Im Landtag soll es im ersten Quartal 2012 einen Antrag zur Thematik geben mit folgenden Schwerpunkten:

- Auswertung des Normenkontrollverfahrens zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften,
- Auswertung der Ergebnisse der Anfragen,
- Aufforderung zur Berichterstattung durch die Landesregierung,
- inhaltliche Forderungen zum weiteren Umgang (z.B. Erstellung einer Lebenslagenstudie für Thüringen, Runder Tisch für Aktionsplan)
- Aufforderungen zu Bundesratsinitiativen Thüringens zu Adoptionsrecht, Steuerrecht (bisher Gleichstellung nur im Erbschaftssteuerrecht vollzogen, Einkommenssteuerrecht u.a. fehlt), Öffnung der Ehe und Erweiterung des Katalogs der Diskriminierungsverbote im Artikel 3 des Grundgesetzes um das Kriterium „sexuelle Identität“, Unterstützung der Forderungen zur Erstellung einer Lebenslagenstudie auf Bundesebene.

Gegen die Einschränkungen von Adoptionsmöglichkeiten für LebenspartnerInnen laufen derzeit zwei Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, bei denen 2012 voraussichtlich mit einer Entscheidung zu rechnen ist. Moniert wird das bestehende Verbot einer gemeinschaftlichen Adoption bzw. das bestehende Verbot der Stiefkindadoption durch die bzw. den Lebenspartner. ■

Kontakt: Internet: www.die-linke-thl.de

VORGESTELLT: INITIATIVEN UND VEREINE IN UNSERER REGION

Weimar. // Etwas versteckt gelegen, aber mit wunderschönen anheimelnden Räumen hilft „Känguru“ Kindern und Jugendlichen. Wenn sie nicht mehr weiter wissen, am liebsten fliehen würden infolge von Gewalt in ihrer Familie oder Schule und Angst haben, finden sie verständnisvolle vertrauende Beratung. Gewährleistung des Schutzes in akuten Krisensituationen und Beendigung der Gewalt ist oberstes Ziel der Organisation. Gemeinsame Vorbereitungen mit den Betroffenen bei der Aufdeckung von Verdachtsfällen hat ebenso Priorität wie die Begleitung bei juristischen Schritten und Gerichtsverfahren. Entscheidend ist auch, dass jedes Mädchen und jeder Junge den Hilfsdienst in Anspruch nehmen kann. Sie können dort anrufen oder persönlich erscheinen. „Der größte Teil der Kinder, die

Der Kinder- und Jugendschutzdienst „Känguru“:

Hilfe für Kinder und Jugendliche

Der Kinder- und Jugendschutzdienst „Känguru“ gehört zum Verein pro familia Thüringen e.V. Die Beratungsstelle für die Stadt Weimar und den Landkreis Weimarer Land hat ihr Domizil in der Friedrich-Ebert-Straße 2 in Weimar.

hierher kommen, ist von sexueller Gewalt betroffen“, führt die Sozialpädagogin Frau Görg aus. „Die Spanne reicht vom Babyalter bis zum Alter von 27 Jahren. Zwei Drittel der Betroffenen sind Mädchen, ein Drittel Jungen. Wir beraten nicht nur die Hilfe suchenden Kinder und Jugendlichen, sondern auch deren Bezugspersonen: Schulen, Lehrer, Erzieher – je nach Bedarf. Unser Verein besteht seit 1994 mit einem festen Team von drei Personen, wovon niemand eine feste Stelle hat. Unsere Tätigkeit beruht auf Teilzeit. Finanzierung ist für uns ein großes Thema. Es ist nie hundertprozentig sicher, wie es im nächsten Jahr weiter geht. Jedes Mal gibt es Diskussionen über unseren finanziellen Rahmen, ob wir von Kürzungen betroffen werden oder nicht“, erklärte Frau Görg. „Es gab mal eine Zeit vor unge-



fähr zwölf Jahren, da hatten wir vier volle Personalstellen. Mittlerweile erfolgte die Reduzierung auf zweieinhalb. Der Landkreis Weimar hat schon klar entschieden, dass wir 2012 wieder eine finanzielle Kürzung erfahren werden, die nur über Personalreduzierung kompensiert werden kann“, resümierte die Sozialpädagogin ein wenig bitter. ■

VON REINER VON ZGLINICKI

Kontakt: Kinder- und Jugendschutzdienst „Känguru“, Friedrich-Ebert-Straße 2, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 85 07 00, E-Mail: weimar-ksd@profamilia.de, Internet: www.kinderschutzdienst-weimar.de

Traditioneller Frühschoppen der LINKEN. in Schöndorf:

NPD-Verbot jetzt!

Trauer, aber auch Wut, Zorn und Ohnmacht empfinden die Anwesenden durch die öffentlich bekannt gewordenen Morde der terroristischen Vereinigung „Nationalistischer Untergrund“ (NSU).

Weimar. // Sie sprechen den Familien und Angehörigen der Opfer von rechts-extremen Übergriffen und rassistischer Gewalt ihr Mitgefühl und ihre tiefe Anteilnahme aus.

In der Diskussion wurde das Für und Wider eines „einfachen“ Verbotes deutlich. Sind doch die Ergebnisse der Ermittlungen über die NSU in Anbetracht



FOTO: REINER VON ZGLINICKI

Anfang Dezember 2011 fand in Jena das Konzert „Rock gegen Rechts“ statt, bei dem u. a. Udo Lindenberg, Silly, Clueso und Peter Maffay auftraten.

des Einsatzes von über 400 Ermittlern und zehn Staatsanwälten sehr enttäuschend. Der Wunsch nach Hinweisen aus der Bevölkerung ist sinnvoll. Allerdings fragen sie, welchen besonderen Schutz der Staat den Menschen garantieren kann, welche bereit sind, dazu die Hinweise zu liefern.

Die NPD ist eine verfassungswidrige Partei, darüber waren sich die Anwesenden alle einig. Aber ein Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 ist deshalb gescheitert, weil diese Partei mit V-Leuten durchgesetzt war. Die Frage, ob es sich bei der NPD um eine verfassungswidrige Partei handelt, wurde durch das Bundesverfassungsgericht leider nicht geprüft.

Aber das Grundgesetz der BRD sagt im Artikel 18 (Verwirkung von Grundrechten): „Wer die Freiheit [...] zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Ver-

wirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“

Der Vergleich und die Gleichstellung von Linksextremismus und Rechtsextremismus wurden auch leidenschaftlich diskutiert. Den Linksextremisten kann man, auch wenn man es gern möchte, keine Hetze, Gewalt und Morde an Ausländern, anders Denkenden und anders Lebenden nachweisen. Anders ist das bei den Rechtsextremisten. Die Bundesregierung gab zähneknirschend zu, dass seit 1990 von den Rechtsterroristen 48 Personen getötet wurden. Der „Tagespiegel“ und die „ZEIT“ gehen aber von 138 getöteten Personen aus. Und nach Recherchen der Amadeu-Antonio-Stiftung wurden sogar 182 Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt.

Die Alibi-Aussage, welche ich aktuell auch höre, dass es in der DDR auch Nazis gab, zeigt mir, dass hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Dass es in der DDR rechtes Gedankengut gab, ist unstrittig, aber in der DDR wurde dagegen mit aller staatlicher Gewalt vorgegangen. In der BRD werden das rechte Gedankengut und der Rechtsterrorismus verharmlost, wie die schleppende Aufklärung zu den Opfern des Rechtsterrorismus zeigt.

Der geschilderte Umgang mit den Neonazis in der BRD steht im Widerspruch zu der Forderung, dass die Zivilgesellschaft die NPD ertragen muss und sie nicht verboten wird. Was ist zu tun? Nicht Angst vor Neonazis hilft, sondern nur der Aufstand der Anständigen gegen faschistisches Gedankengut in unserer Gesellschaft, wie es das Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar (BgR) immer wieder mit seinen Aktionen unter Beweis stellt. ■

VON STANISLAV SEDLACIK

Hinweis: Die Pressemitteilung des BgR Weimar zum öffentlich gewordenen Nazi-Terror und zu den Verstrickungen des Verfassungsschutzes lest ihr in neben stehender Spalte.

PM des BgR Weimar:

Lückenlose Aufklärung!

An dieser Stelle veröffentlichen wir im Wortlaut die Pressemitteilung des BgR Weimar zu den neonazistischen Tattaten:

Es ist kaum zwei Monate her, da durchsuchten Ermittlungsbeamte aus Sachsen die Räume des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König. Grund: Gegen ihn wird wegen Teilnahme an den antifaschistischen Blockaden im Februar 2011 in Dresden ermittelt. Frist zwischen Ausübung der vermeintlichen Tat und Einleitung eines Verfahrens – nicht einmal ein Jahr. Wir erinnern uns an die kürzlich von der Mehrheit des Landtagsinnenausschusses aufgehobene Immunität des MdL Bodo Ramelow, Grund: siehe oben. Weitere Verfahren gegen viele andere Teilnehmer unserer Proteste wurden eingeleitet und führten und führen zu Prozessen. Vor wenigen Wochen in Berlin, Autos brannten zu Hunderten, der Verdacht einer Spur zu so genannten Linksextremisten war eine Frage von Minuten. Da waren sich Polizei, Innensenator und Medien mehrheitlich einig. Mittlerweile musste selbst Berlins Innensenator Körting eingestehen, dass nur ein Bruchteil der Autobrände einen politisch motivierten Hintergrund zu haben scheint. Während all dies geschah und geschieht, basteln Nazis Bomben, haben eine blutige Spur von Morden durch die Bundesrepublik gezogen, neun Menschen mit Migrationshintergrund und eine Polizistin mussten dies mit ihrem Leben bezahlen. Vor dreizehn Jahren wurde in Jena eine Bombenbastler-Garage „ausgehoben“, die Betreiber eben dieser waren bekannt. Es waren dieselben, die weitere zwölf Jahre terrorisierend durch die Lande zogen [...]. Und weder Verfassungsschutz, noch Polizei und Ermittlungsbehörden haben davon etwas gemerkt? Zweifel mögen da angebracht sein. Während dessen sich Zehntausende seit Jahren mit zivilem Ungehorsam den Nazis in Dresden und anderswo entgegen-

setzen, viele Engagierte dringend notwendige Aufklärungsarbeit leisten und sich zum allergrößten Teil ehrenamtlich gegen diesen braunen Spuk einsetzen, sind der Staat und seine die Verfassung schützenden Organe [...] auf dem rechten Auge blind. Das sich [...] abzeichnende Gesamtbild dieser Neonazi-Gewalttaten lässt uns als BgR erschrocken und betroffen innehalten. Auch wir haben dieses Ausmaß nicht in der Größe annehmen können. Aber wir haben – gemeinsam mit vielen anderen Bündnissen und Netzwerken in Thüringen und darüber hinaus – jahrelang auf diese Gefahr aufmerksam gemacht, haben ein stärkeres Engagement der Gesellschaft insgesamt und des Staates im Besonderen angemahnt und eingefordert. Mit ernüchternder Bilanz: Die Gelder für Engagements gegen Rechtsextremismus wurden vom zuständigen Bundesministerium und Frau Ministerin Schröder zusammengestrichen. Nach sächsischem Vorbild müssen seit vergangenem Jahr auch bundesweit Initiativen und Vereine, die sich gegen Nazis engagieren, eine Klausel unterschreiben, wenn sie Bundesmittel beantragen. Es wird ihnen mit Misstrauen begegnet, sie werden unter einen Generalverdacht gestellt und es wird ein Bekenntnis zur Verfassungstreue von ihnen verlangt. Ein eben solches wird noch nicht einmal von der NPD verlangt, deren Verbot nun wieder [...] als scheinbare Lösung des Problems gefordert wird. Wir – das BgR Weimar – fordern schnellstmögliche und konsequente Aufklärung dieser schrecklichen Neonazi-Taten und einer möglichen Verstrickung des Verfassungsschutzes hierbei. Gleichzeitig verlangen wir die Beendigung der Kriminalisierung antifaschistischen Engagements [...]. Nicht die TeilnehmerInnen an den Dresden-Blockaden sind eine Gefahr für unsere Demokratie, im Gegenteil, sie verteidigen diese gegenüber einem Neonazismus, welcher in immer größerem Maße eben diese für seine Menschen verachtende Ideologie missbraucht und diese zu guter Letzt abschaffen will! ■

Kontakt: www.bgr-weimar.de

GLÜCKWÜNSCHE



Wir gratulieren im Januar Geburtstage zu Jahresbeginn

1. Januar 2012

Anita Karsten (Weimar) – 76

5. Januar 2012

Ruth Schröder (Blankenhain) – 78

Karl Ritter (Apolda) – 77

7. Januar 2012

Hildegard Fröde (Weimar) – 86

8. Januar 2012

Gerhard Müller (Nohra/Ulla) – 73

9. Januar 2012

Lieselotte Müller (Weimar) – 85

Jutta Dennhardt (Weimar) – 82

Gerhard Bierwagen (Weimar) – 78

10. Januar 2012

Peter Braune (Weimar) – 60

11. Januar 2012

Dagmar Schwaab (Weimar) – 88

Johanna Reh (Kranichfeld) – 75

14. Januar 2012

Renate Mallon (Weimar) – 64

19. Januar 2012

Edelgard Jäger (Weimar) – 86

23. Januar 2012

Ruth Haenisch (Weimar) – 82

24. Januar 2012

Horst Günther (Weimar) – 73

27. Januar 2012

Günter Hänsgen (Weimar) – 84

28. Januar 2012

Eva-Maria Feuerstein (Weimar) – 86

30. Januar 2012

Gudrun Wolfram (Weimar) – 64

Reinhard Rosette (Weimar) – 61

**Der Kreisvorstand gratuliert allen
Jubilarinnen und Jubilaren ganz
herzlich zu Ihrem Geburtstag!**

Alles im Netz

Immer aktuell und schnell informiert.

The screenshot shows the website interface with a navigation bar containing: AKTUELL, PARTEI, FRAKTIONEN, ABGEORDNETE, MEDIATHEK, WAHLEN, SERVICE, TERMINE. Below the navigation, there is a search bar and a section titled "Weimarer Haushalt 2012" with a sub-heading "Rede von Dirk Möller im Weimarer Stadtrat". A small photo of Dirk Möller is visible. To the right, there is a "TERMINE" section listing events like "Vorstandssitzung 3. Januar 2012" and "Sprechstunde Stadtrat Weimar 10. Januar 2012".

www.die-linke-apolda-weimar.de

SPRECHSTUNDEN

Dienstag, 10.1.2011 // 17 Uhr

Dirk Möller, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Vorsitzender des Kulturausschusses

Dienstag, 17.1.2011 // 17 Uhr

Dr. Dieter Eckardt, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Mitglied im Ausschuss Wirtschaft/Tourismus

Dienstag, 24.1.2011 // 17 Uhr

Harald Freudenberg, Mitglied im Bau- und Umweltausschuss

Dienstag, 31.1.2011 // 15 Uhr

Elke Heisler, Mitglied im Seniorenbeirat der Stadt Weimar

Dienstag, 7.2.2011 // 17 Uhr

Harald Freudenberg, Mitglied im Bau- und Umweltausschuss

Dienstag, 14.2.2011 // 17 Uhr

Dirk Möller, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Vorsitzender des Kulturausschusses

Dienstag, 21.2.2011 // 17 Uhr

Dr. Dieter Eckardt, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Mitglied im Ausschuss Wirtschaft/Tourismus

Dienstag, 28.2.2011 // 15 Uhr

Elke Heisler, Mitglied im Seniorenbeirat der Stadt Weimar

Hinweis: Die Sprechstunden finden im Büro der Stadtratsfraktion, Goetheplatz 9b, 99423 Weimar statt.

Die linke Zeitung für Politik, Arbeit, Soziales und Kulturelles in Thüringen

Mit **PARLAMENTS-REPORT** direkt aus dem Landtag

Abo-Kontakt:

UNZ-Verlagsgesellschaft mbH
Eugen-Richter-Straße 44 · 99085 Erfurt
Telefon: (03 61) 731 57 95 · verlag@unz.de

www.unz.de

Das Öffentliche als Leitlinie für linke lokale Politik

Wie können linke Vorstellungen über die demokratische und soziale Gestaltung des Öffentlichen Sektors im kommunalen oder lokalen Raum umgesetzt werden?

13.1.2012 // 16 Uhr

VERANSTALTER:
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen, RedRoXX
ORT: Jugendbüro „filler“,
Schillerstraße 44, Erfurt

DIE LINKE.
THÜRINGEN

Info // www.die-linke-thueringen.de

Neumitglieder TREFFEN

Wir möchten sehr gerne alle Neumitglieder unseres Gebietsverbandes zu einem gegenseitigen Kennenlernen einladen.

In lockerer Runde möchten wir euch am

16.2.2012 // 18.30 Uhr

in der Marktstraße 17 in Weimar vorstellen und mit euch ins Gespräch kommen. Natürlich bekommst du auch noch einmal eine schriftliche Einladung. **Zuerst einmal aber: Herzlich willkommen!**

DIE LINKE.
Kreisverband Apolda/Weimar

Info // www.die-linke-apolda-weimar.dewww.die-linke-apolda-weimar.de

Neujahrsempfang 2012

13.1.2012 // 18 Uhr // Stadthalle Apolda

Der LINKE.-Kreisverband Apolda/Weimar, die Fraktionen in Weimar, Apolda, dem Kreis und in den Gemeinden, die Bundestagsabgeordneten Luc Jochimsen und Kersten Steinke sowie unsere Europaabgeordnete Gabi Zimmer laden herzlich zum Neujahrsempfang ein.

mit Kabarettist Uli Masuth

Infos: Einlass ab 17.30 Uhr // Eintritt frei
Bustransfer 17 Uhr ab Stadtbücherei Weimar
(bei Interesse bitte in der Geschäftsstelle melden!)

DIE LINKE.
THÜRINGEN